



Staatsbesuch, EZB-Rat, Rockerkorso, Demos und Veranstaltungen ohne Ende GdP: „Dauerhafte Überbelastung macht uns kaputt“

GdP-Info
34-2026

Berlin. Deutlicher Appell der Gewerkschaft der Polizei (GdP) angesichts der aktuellen Belastungslage in der Hauptstadt. Nach einem sehr komplexen Versammlungswochenende häufen sich in den Wochen vor der Berlin-Wahl die Parteiveranstaltungen. Ab heute tagt der EZB-Rat in der Hauptstadt, ab morgen ist der Machthaber der Vereinigten Arabischen Emirate zu Gast. Am Samstag haben die Hells Angels zu einem Fahrzeugkorso aufgerufen, Sonntag steigt der Tag der offenen Tür der Polizei Berlin. Dazwischen werfen diverse Demos unter anderem zum Thema Mieten ihren Schatten voraus.

„Wir kommen aus einem einsatzstarken Wochenende und rutschen direkt in die nächsten Großlagen. Es ist auch nicht nur so, dass allein das alltägliche Geschehen in Berlin alles andere in unserem Land in den Schatten stellt. Jetzt mal eben parallel den EZB-Rat, diesen gigantisch aufgeblähten Staatsbesuch, den Rockerkorso und die Mietendemos über die Bühne zu bringen, ist schon Wahnsinn. Das wird nicht ohne Alarmierungen der Kräfte, reihenweise Mehrarbeit und minimalste Ruhezeiten laufen. Wir erwarten aber, dass Bund und Länder hier größtmöglich unterstützen. Wir nagen bereits unter dem Zahnfleisch, Politik und die teilweise selbst herbeigeführten Lagen machen unsere Kolleginnen und Kollegen krank. Dauerhafte Überbelastung macht uns kaputt“, so GdP-Landesvize Guido Leese, der als Teil der Direktion Einsatz und Verkehr auf jahrzehntelange Erfahrungen in derartigen Großlagen zurückgreifen kann.

Besonders negativ stößt der GdP die Planung des Staatsbesuches von Scheich Muhammad bin Zayid Al Nahyan (VAE) sowie das weiterhin nicht vorhandene Veranstaltungssicherheitsgesetz auf. „Bei allem Respekt, er ist eben nicht Trump oder Selenskyj, mehr als 30 Einheiten sind völlig überzogen. Abgesehen davon, dass wir sie nicht haben, erwarten wir massive Unterstützung aus Bund und Ländern. Es ist längst feste Regelmäßigkeit, dass wir bundespolitische Pläne, Entscheidungen oder Versäumnisse ausbaden müssen. Die neue Landesregierung muss im neuen Hauptstadtvertrag dem Bund deutliche Grenzen aufzeigen. Wer die Party veranstaltet, muss am Ende des Tages auch die Zeche zahlen. Zudem brauchen wir endlich das angekündigte Veranstaltungssicherheitsgesetz, damit nicht alles bei uns abgeladen wird und sich kommerzielle Anbieter hier auf Staatskassen einen Reibach machen. Unsere Technischen Einheiten sind fast nur noch unterwegs, um den Überfahrschutz für Veranstaltungen aufzubauen“, so Leese.

